

Wurstwalze

Das Kinderfest, das vor 50 Jahren Jungen und Mädchen erfreute, würden die Freien Wähler gerne wiederbelebt sehen – samt Wurstwalze.

Seite IV



Kornwestheim & Kreis Ludwigsburg



Im Interview

SVK-Trainer Markus Fendyk rechnet mit einer spannenden Rückrunde der Fußball-Bekirzliga. Die Titelentscheidung falle erst am Saisonende.

Seite VIII

Samstag, 2. Februar 2013

Kommentar

Ein eindeutiger Grenzfall

Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden. Die Stadt sollte ihre Entscheidung daher noch einmal auf den Prüfstand stellen. Von Gaby Mayer

Ein Grenzfall sei es, heißt es aus dem Rathaus. Einer, der zum Präzedenzfall werden könnte, wenn er denn tatsächlich genehmigt würde. Da will eine Familie ein Haus bauen, in dem es nicht nur Platz für sie selbst, sondern auch für eine Gästewohnung gibt. Im Obergeschoss soll ein Appartement entstehen, in das sich Geschäftsleute und Reisende einquartieren können – für ein paar Tage, Wochen oder Monate. Doch das, argumentiert die Stadt, ist in einem Wohngebiet nicht möglich. Dort dürfe gewohnt werden, aber nicht auf Zeit. Die Vermietung von Gästewohnungen sei zudem ein Gewerbe. Und Gewerbe sei in Wohngebieten nicht erlaubt, was streng genommen auch Architekten und andere Freiberufler, die von zuhause aus arbeiten, betreffe. So heißt es bei der Stadt.

Nun ist es ein wenig weltfremd zu glauben, eine Verwaltung könne Einfluss darauf nehmen, ob ein Architekt, Anwalt oder Grafiker sich in den eigenen vier Wänden vor den Computer setzt, um zu arbeiten. Und es ist auch wenig wahrscheinlich, dass sich der Trend zum Gewerbe im Wohngebiet an der Hauffstraße Bahn bricht, nur weil eine Familie eine Gästewohnung vermieten möchte – zumal es sich bei besagtem Grundstück um das letzte handelt, das dort zu haben ist. Es wäre aus Sicht der Verwaltung also durchaus zu verschmerzen, den Grenzfall zuzulassen.

Davon unabhängig ist der Grenzfall so grenzwertig nicht. Das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts nämlich ist eindeutig und kann wohl auch für Kornwestheim gelten. Die Stadt täte daher gut daran, ihre ablehnende Haltung vor dem Hintergrund der juristischen Entscheidung noch einmal zu überdenken – und dabei am besten alle Verwaltungsmitarbeiter, die sich bis dato mit dem Ansinnen der Familie auseinander gesetzt haben, an einen Tisch zu holen. Zugegeben, es könnte eng werden bei diesem Treffen, denn durch klare Zuständigkeiten hat sich die Stadt Kornwestheim bei der Bearbeitung des Baugesuchs nun wirklich nicht ausgezeichnet. Mindestens sechs Mitarbeiter waren mit dem Bauprojekt befasst. Ob sie dabei immer wussten, was der Kollege zwei Türen weiter beschlossen und kommuniziert hat? Das ist mehr als fraglich.

Kornwestheim

Glastür eingeschlagen

In ein Wohnhaus in der Saalestraße ist ein Unbekannter am Donnerstag eingebrochen. In der Zeit von 17 bis 19.20 Uhr warf der Täter mit einem Stein die Verglasung der Terrassentür ein, verschaffte sich so Zutritt zum Haus, in dem er Schränke durchsuchte und einige Schmuckstücke mitnahm. Der Wert des Diebesgutes ist noch nicht bekannt. Die Polizei, Telefon 1 31 30, bittet um Hinweise. red

Kornwestheim

Schmuck gestohlen

Durch Aufhebeln der Balkontür im Hochparterre eines Mehrfamilienhaus in der Holzgrundstraße hat sich ein unbekannter Einbrecher am Donnerstag in der Zeit von 17.30 bis 19.10 Uhr Zugang zu einer Wohnung verschafft. Er durchwühlte Schränke und Schubladen stahl Schmuckstücke im Wert von mehreren hundert Euro. Zeugenhinweise nimmt die Polizei unter Telefon 1 31 30 entgegen. red

Kornwestheim

Führung zu Hahn

Die Ausstellung, die sich mit Leben und Arbeit des Pfarrers Philipp-Matthäus-Hahn befasst, ist am Sonntag, 3. Februar, 14 bis 17 Uhr, im Pfarrhaus in der Pfarrstraße 7, geöffnet. Die Besucher werden auch durch die Schau geführt. Der Eintritt ist frei. Das kleine Museum ist jeweils am ersten Sonntag des Monats geöffnet. red

Aufs Losglück folgt der Kampf ums Glück

Kornwestheim Eine Familie müht sich um den Bau eines Hauses – und stößt dabei auf ungeahnte Schwierigkeiten. Von Gaby Mayer

Am Anfang schien alles problemlos. Familie Magin möchte ein Haus bauen, im Wohngebiet zwischen Hauffstraße und Sportplatz im Süden der Stadt. Das Paar, Eltern von zwei Töchtern, will von der Stadt ein Grundstück kaufen. Weil sich auch andere für das Areal erwärmen, wird ausgelost. Die Magins haben Glück, das Los fällt auf sie, das Grundstück wird – gegen Zahlung von 250 Euro – verbindlich reserviert. Ein Architekt erstellt eine erste Skizze, mit der die Familie bei der Stadt vorstellig wird. „Man sagte uns, die sei gut, so könnten wir bauen.“ Hier und da müsse vielleicht etwas verändert werden, ein völlig normales Prozedere. Was dann allerdings auf die Familie zukommt, gleicht Don Quichottes Kampf gegen Windmühlenflügel. Der Traum vom eigenen Haus scheint sich nicht zu erfüllen.

Was ist passiert? Zunächst einmal nicht viel, erzählen die Magins. Sie müssen warten – auf Stellungnahmen seitens der Stadt, auf Prüfung der zwischenzeitlich eingereichten Bauvoranfrage. Monate vergehen. In dieser Zeit klopfen die Magins immer wieder im Rathaus an – und zwar an viele verschiedene Türen. Mindestens sechs Ansprechpartner im Liegenschaftsamt, im Stadtplanungs- und im Bauverwaltungsamt zählt das Paar auf, die Bauherren in spe werden von einem Büro ins andere geschickt. Auf E-Mails sei oft gar nicht reagiert worden, ebenso wenig auf Nachfragen, was an der Bauvoranfrage denn modifiziert werden müsse. Im November schließlich wird ihnen aus dem Bauverwaltungsamt signalisiert: Alles fertig, lediglich mögliche Einwände von Nachbarn müssten noch berücksichtigt werden.

Gerüchte in der Nachbarschaft

Die gibt es in der Tat. Doch sie basieren laut den Magins auf Gerüchten. Im Irrglauben, an der Hölderlinstraße entstehe ein Hotel mit vielen Zimmern, in das die Besitzer nicht einmal selbst einziehen würden, hatten Anwohner nämlich eine Unterschriftaktion gegen den Bau gestartet. „Schade, dass niemand die Nachbarn aufgeklärt hat“, findet die Familie. Das habe die Verwaltung wohl auch deshalb nicht getan, weil sie einen Weg gesucht habe, das Bauvorhaben zu stoppen. Denn das hat die



An der Hölderlinstraße wollte sich die Familie den Traum vom Eigenheim erfüllen. Foto: Mayer

Stadtverwaltung mittlerweile getan. Die Pläne der Magins widersprechen dem für das Areal geltenden Bebauungsplan, sagt Eva Wiedemann, Sprecherin der Stadt. Von einem Trauf, der die zulässige Höhe um 25 Zentimeter überschreitet, von einer fehlenden Dachbegrünung ist in der Ablehnung unter anderem die Rede. Doch während die Magins versichern, ihre Pläne in kurzer Zeit anpassen zu lassen, scheint die

Stadt kein Interesse zu haben, auf Nachbesserungen zu warten. Die Frist, innerhalb derer genehmigungsfähige Pläne vorliegen müssten, sei schon zweimal verlängert worden, begründet Eva Wiedemann. Die verbindliche Reservierung wird rückgängig gemacht.

Und das liege wohl weniger an Traufhöhe und Dachbegrünung, mutmaßen die Magins. Sondern an der geplanten Nutzung

des Hauses. Zusätzlich zu der Wohnung für die vierköpfige Familie soll ein zweites Appartement entstehen. Das wollen die Kornwestheimer als Gästewohnung auf Zeit vermieten – so wie sie es bereits mit einem Appartement in der Stadt tun. Zwei zusätzliche Zimmer sind angedacht für die Großeltern, ein Au Pair-Mädchen oder die Töchter, wenn die einmal größer werden.

Pläne, die den Schluss zulassen würden, dass eine gewerbliche Nutzung geplant sei, sagt Wiedemann. Das Grundstück befindet sich aber in einem reinen Wohngebiet, und dort sei ein Gewerbe nicht erlaubt. Als solches wertet die Stadt – im Gegensatz zu einer dauerhaften Vermietung – die Vermietung einer Gästewohnung.

An der Idee festhalten

Rund 2500 Euro haben die Magins bereits in Reservierungsgebühr, Gutachten und Architektenhonorar gesteckt. „Das wäre nicht viel, wenn es weitergehen würde. Aber für nichts?“ Sie wollen weiter kämpfen und verweisen dabei unter anderem auf schriftliche Bestätigungen des Regierungspräsidiums und des Landratsamts, die besagten, dass die Vermietung der Gästewohnung nicht als Gewerbe, sondern als gewöhnliche Vermietung und Verpachtung gilt, wenn der Jahresgewinn eine gewisse Höhe nicht überschreitet. Auch das Bundesverwaltungsgericht stützt die Einschätzung der Familie (siehe Infokasten). An der Idee vom Eigenheim mit Gästewohnung wollen die Magins daher festhalten, auch ihrer Zwillinge wegen. Eine der Töchter ist schwer erkrankt – ein eigenes Haus mit Garten war ein kleiner Traum, den die Eltern den Kindern erfüllen wollten.

Siehe Kommentar

DIE RECHTSLAGE

Urteil Das Berliner Verwaltungsgericht hat jetzt geurteilt: Ferienwohnungen zu verbieten, ist nicht rechters. Eine Verwaltung dürfe Hausbesitzern die Vermietung von Gästewohnungen nicht untersagen, weil Ferienwohnungen nicht gleichzusetzen seien mit einem genehmigungspflichtigen Beherbergungsbetrieb. Das Bezirksamt Mitte in Berlin hatte – wie jetzt die Stadt Kornwestheim – argumentiert, die Baugenehmigung für das betroffene Gebiet lasse nur eine Wohnnutzung zu. Das Gericht hat nun aber erklärt, dass Ferienwohnungen nur dann als gewerblicher Beherbergungsbetrieb gelten, wenn es hotelmäßige Leistungen – etwa eine Rezeption – gebe. In Ferienwohnungen führten die Bewohner ihren Haushalt aber in der Regel alleine und seien somit als normale Mieter anzusehen.

Mit der neuen Sporthalle haben es die Stadträte nun wieder eilig

Kornwestheim Die Sanierung der Jahnhalle indes wird sich verzögern, weil die Fördergelder auch in 2014 fließen. Von Werner Waldner

Die erste Hürde ist nun doch genommen: 100 000 Euro hat der Gemeinderat am Donnerstagabend für die neue Sporthalle im Süden der Stadt zur Verfügung gestellt. Das Geld ist für erste Planungen und die genaue Standortsuche am Eichenweg/Bogenstraße gedacht. Und verbunden ist die Ausgabe mit der Hoffnung, noch in diesem Jahr den Baubeschluss fassen zu können. Die CDU, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Bartholomä, erwarte, dass die Arbeiten „sofort an ein externes Planungsbüro vergeben werden“. Die Entscheidung, die 100 000 Euro in den Haushalt einzustellen, fiel gegen die Stimmen von den Grünen sowie von Gabi Walker (Freie Wähler) und Sven Siegmund (FDP).

Bis vor wenigen Tagen sah es noch so aus, als würde das Projekt Drei-Feld-Halle in die fernere Zukunft verschoben werden. Auf einer Prioritätenliste mit Vorhaben, die bevorzugt verwirklicht werden, findet sich die Halle am Eichenweg ganz hinten. Aber dann ergaben sich Fakten, die es nach Ansicht der Mehrheit im Gemeinderat nun doch ermöglichen, bald mit dem Bau zu beginnen. So hat das Land die Frist, bis zu der die Sanierungsprojekte in der Weststadt abgeschlossen sein müssen, um ein Jahr verlängert. So hat die Stadt für die Sanierung des Gucker-Wohnheims an der Bolzstraße und für die Sanierung der Jahnhalle



Kein Vorzeigebauobjekt neuerer Sporthallenarchitektur: die 50 Jahre alte Jahnhalle in der Weststadt. Deren Sanierung wird sich verschieben. Foto: Archiv/Birgit Kiefer

ein Jahr mehr Zeit. Das schafft ein wenig Luft im überlasteten Fachbereich Gebäudemanagement. Mittlerweile hat die Stadtverwaltung auch zwei freie Stellen in diesem Fachbereich – gesucht wird unter an-

derem der Leiter der Technischen Abteilung – ausgeschrieben. Sollten passende Bewerber schnell gefunden werden, dürfte das auch zu einer Entlastung führen.

Dass die Gemeinderäte daraus schnell wieder eine Belastung machen wollen, indem sie auf den Bau der Sporthalle pochen, sieht der Erste Bürgermeister Dietmar Allgaier mit Skepsis. Der Fachbereich sei derjenige, der nach der Neustrukturierung der Stadtverwaltung die gravierendsten Änderungen zu verkraften habe. Er rechnet deshalb nicht damit, dass der Baubeginn für die neue Sporthalle noch in diesem Jahr erfolgen kann, sagte er gegenüber unserer Zeitung.

Auch die SPD will die Halle möglichst schnell gebaut sehen. Sie sei den Sportvereinen versprochen worden, sagte der Fraktionsvorsitzende Hans-Michael Gritz. Und an Versprechen wolle man sich auch halten. Die Grünen, die den Standort im Süden der Stadt ablehnen, werden die Entscheidung nun aber mittragen, sagte Ralph Rohfleisch.

Durch die neuen Fristen für die Weststadtprojekte entspannt sich nun auch die Situation bei den Hallenzeiten. War man ursprünglich davon ausgegangen, dass die Jahnhalle in diesen Tagen schließt, so wird sie vermutlich bis zu den Sommerferien auf jeden Fall genutzt werden können. Die Tischtennispieler und Karatekas können die Halle vorerst weiter fürs Training belegen. Für die Gymnasiumshalle an der Rechenbergstraße bleibt es beim ursprünglichen Zeitplan: Mit dem Abriss soll im April begonnen werden.

Kornwestheimer Tage: mehr Geld

Kornwestheim Die Stadt erhöht den Zuschuss für das Fest auf 17 000 Euro. Von Werner Waldner

Die Stadt Kornwestheim zahlt für die Kornwestheimer Tage künftig einen Zuschuss von maximal 17 000 Euro. Diese Summe gilt für die kommenden drei Jahre. Mit dem Ablauf der Vereinsförderrichtlinien Ende 2015 soll der Betrag neu verhandelt werden. Das hat der Verwaltungs- und Finanzausschuss des Gemeinderats jüngst in nicht öffentlicher Sitzung entschieden.

Insbesondere die Kornwestheimer Tage 2012 hat der ausrichtende Stadtausschuss für Sport und Kultur mit einem dicken Minus abgeschlossen. Den Zuschuss der Stadt bekommt der Dachverband der Kulturvereine nicht in bar ausgezahlt, sondern die Stadt verrechnet mit dem Geld die eigenen Leistungen für das Fest im Stadtpark – angefangen vom Aufbau der Bühne über Reinigungskosten bis hin zum Überlassen der Toilettenwagen.

Die Kosten für die zweitägige Vereinsausgabe belaufen sich auf rund 25 000 Euro, berichtet Walter Specht, Vorsitzender des Stadtausschusses für Sport und Kultur. Die Vereine zahlen jeweils eine Umlage von 300 Euro, können aber die eingenommenen Beträge für sich behalten. Allerdings sind in den vergangenen Jahren immer mehr Vereine abgesprungen. Für sie rechnete sich die Teilnahme an den Kornwestheimer Tagen nicht mehr. Teilweise fehlte es auch an Helferinnen und Helfer für den Einsatz an den Ständen.